

Heiz-Hammer erhitzt die Gemüter

Schluss mit Öl und Gas: Was Habecks Plan für Münchner bedeuten könnte

VON DANIELA POHL
UND ANDREAS HÖSS

Wirtschaftsminister Robert Habeck will den Einbau von Öl- und Gasheizungen verbieten (wir berichteten). Was die Pläne für München bedeuten könnten, wo die Probleme liegen – eine Übersicht.

Welche Heizungen sollen ab 2024 noch erlaubt sein? Wenn es nach den bisherigen Konzepten geht, dürfen Hauseigentümer schon ab 2024 nur noch Heizungen einbauen, die zu mindestens 65 Prozent mit erneuerbaren Energien gedeckt werden.

Was sind das für Anlagen? Ab 2024 wären nur noch wenige Heizungen erlaubt: Wärmepumpen, Biomasse-Kessel (zum Beispiel für Holzpellets) oder Fernwärme.

Wann muss ich die alte Öl- oder Gasheizung stilllegen?

Bereits eingebaute Heizungen mit fossilen Brennstoffen, die mehr als 30 Jahre alt sind, dürfen laut den Plänen in der Regel nicht weitergenutzt werden. Ab 2045 sollen alle Heizungen mit fossilen Brennstoffen verboten sein.

Welche Probleme erwarten die Kritiker? Rudolf Stürzer von „Haus und Grund“ sieht große Probleme beim Einbau der neuen Anlagen. Denn: „Es gibt kein Material und keine Handwerker.“ Bereits jetzt gebe es lange Wartezeiten für Hauseigentümer, die ihr System (freiwillig) umrüsten. Des Weiteren müssten Hauseigentümer „mit dem Doppelten bis Dreifachen der Kosten“ im Vergleich zu einer konventionellen Anlage rechnen. Hinzu kämen räumliche Probleme: Während der Einbau einer Wärmepumpe oder PV-Anlage bei Einfamilienhäusern gut möglich sei, gebe es im dicht bebauten In-



Die alte Ölheizung soll verschwinden. Doch noch sind viele Fragen ungeklärt.

SYMBOLFOTO: WARNECK/DPA

nenstadtbereich weder genügend Platz auf dem Dach, um ein Mietshaus mit grüner Energie zu versorgen, noch geeignete Standorte, um eine Wärmepumpe zu installieren. Und: Die schlechte Dämmung vieler Häuser führe zu einem „exorbitanten Stromverbrauch“, so Stürzer.

Was sollen Eigentümer also jetzt tun? „Das hängt von den

individuellen Möglichkeiten ab“, sagt Stürzer. Wer das Geld habe, dem rät er zur Umrüstung. „Wir haben aber auch Mitglieder, die die hohen Kosten nicht tragen können und ihren alten Gaskessel gegen einen neuen austauschen, damit sie die nächsten Jahre Ruhe haben.“

Wird es Förderungen vom Staat geben? Weniger gut si-

tuerte Eigentümer könnten „durch direkte Zuschüsse, Kredite und durch steuerliche Förderung“ unterstützt werden, heißt es aus dem Ministerium. Konkrete Pläne gibt es aber noch nicht.

Werden auch die Mieter zur Kasse gebeten? Der Deutsche Mieterbund will das vermeiden: Ein Heizungstausch solle nicht als Modernisierungsumlage gelten, der von den Mietern getragen werden müsse, sondern als Instandhaltung gewertet werden, heißt es von der Bundesdirektion in Berlin. Damit wären die Vermieter in der Pflicht.

Stürzer hält indes dagegen: „Umweltschutz ist eine staatsbürgerliche Pflicht. Auch Mieter sind Staatsbürger.“ Er fordert, dass sich die Mieter an den Kosten beteiligen – und warnt: „Wenn der Staat zu wenig fördert, werden die Mietkosten gewaltig steigen.“